

Franz Segbers

Neoliberale Globalisierung und die Straffreiheit. Eine globale Perspektive

INTERNATIONAL ECUMENICAL CONFERENCE ON ENDING IMPUNITY IN THE PHILIPPINES:
THE MARTYRDOM OF ARCHBISHOP ALBERTO RAMENTO AND OTHER MARTYRS

Manila, 2. Oktober 2012

I. Verteidiger von Menschenrechten werden verfolgt und riskieren ihr Leben

Es ist eine große Ehre für mich, diesen Vortrag zur Erinnerung an Bischof Ramento und sein Menschenrechtsengagement zu halten. Bischof Ramento war beides: Ein Bischof und ein Verteidiger der Menschenrechte. Im zweiten Jahr seiner Amtszeit wurde er vom General Theological Seminary der Episcopal Church, New York, USA, im Jahr 1994, mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Dabei wurde er folgendermaßen gewürdigt:

“Im Jahr 1993 wurde er zum Obispo Maximo der Iglesia Filipina Independiente gewählt; er ist ein Kämpfer für die Menschenrechte und ein Mensch, der sich für Frieden unter den Völkern und Nationen einsetzt.” Ramento war Vorsitzender des Menschenrechtskomitees des Nationale Kirchenrates auf den Philippinen.”

Es ist gefährlich, die Menschenrechte zu verteidigen. Bischof Ramento hat als Vorsitzender des Obersten Bischofsrats der Iglesia Filipina Independiente (IFI) den Zustand der politischen Repression, die schwierige Lage der Menschenrechte verurteilt. Besonders hat er die anhaltenden politischen Morde von militanten Führern, Richtern, Journalisten, Kirchenleuten und unschuldigen Zivilisten unter gegenwärtiger Regierung verurteilt. Man hatte ihn gewarnt, nach dem Tod von Pfarrer Tadena vorsichtig zu sein. Er hielt bei einer Konferenz über die Verletzung der Menschenrechte Anfang September 2006 eine SMS mit der Meldung „Wir werden dich beseitigen, aber nicht mit einer Kugel.“ Mutig hat er geantwortet: „Ich weiß, dass man mich umbringen wird, aber ich werde meinem Dienst an Gott und der Verpflichtung meinem Volk gegenüber nicht aufgeben.“ Am frühen Morgen des 3. Oktober 2006 wurde Bischof Alberto Ramento tot in seinem einfachen Pfarrhaus in Tarlac City aufgefunden. Bischof Ramento ist einer der langen Liste von mehr als eintausend Menschenrechtsaktivisten die seit 2002 ermordet wurden – hauptsächlich Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter und Kirchenleute. Unter ihnen sind auch Priester der IFI zu beklagen..

Was tun wir eigentlich, wenn wir uns derer erinnern, die wegen der Verteidigung der Menschenrechte ermordet oder verfolgt wurden?

Ein Schlüssel könnte die sehr wichtige und zentrale Frage sein, die Bischof Ramento stellt: Warum?

In seiner Predigt über den Bischof Prophet bei der Zusammenkunft der Bischöfe des Ostasien Ökumenischen Rat der Kirchen in Kyoto im September 1994 unterstrich er diese Frage:

„Unsere Bauern, die Reis produzieren, und unsere Fischer, die Fische fangen, haben weder Reis noch Brot (das philippinische Äquivalent von Butter und Brot im Westen) auf ihrem Tisch. Warum tragen Filipinos zum Aufbau anderer Länder bei, nur zum Aufbau ihres eigenen nicht? Weil unsere qualifizierte Arbeiter in Saudi Arabien sind, unsere Ärzte, Krankenschwestern und anderen Fachkräfte in den USA, Kanada, England und Australien arbeiten. Weil ihre Eltern arm sind und sich nicht einmal einfache Medikamente kaufen können. Aber warum sind sie arm in einem sehr reichen Land?“

In seiner Predigt anlässlich der Erneuerung der Vereinbarung zwischen der Iglesia Filipina Independiente und der Church of England auf der Lambeth Conference im Jahr 1998 führt er aus:

„Schaut euch bitte das Beispiel der extremen Armut auf den Philippinen an. Die Philippinen sind reich an natürlichen Rohstoffen wie Gold, Eisen und fruchtbarem Land, aber auch an Arbeitskräften. Wir haben viele qualifizierte Arbeiter, Ärzte, Ingenieure und Krankenschwestern. Warum ist es dann ein unterentwickeltes Land, in dem Kinder an heilbaren Krankheiten wie Lungenentzündung und Durchfall sterben? Weil unsere qualifizierten Fachkräfte in den Mittleren Osten exportiert werden und unsere Ärzte und Krankenschwestern in den USA oder England sind. Wir haben Millionen von Dollars aufgewendet, um sie zur Schule zu schicken, aber jetzt sind sie hier. Manchmal haben wir dadurch den Eindruck, dass die armen Filipinos damit indirekt eure Ausbildung hier in England subventionieren.“

Wenn wir uns an Bischof Ramento erinnern, dann sollten wir dieselbe Frage zu stellen: Warum sind sie arm mitten in einem reichen Land? Warum gibt es keinen Fisch auf den Tischen der Fischer? Warum sterben Kinder an heilbaren Krankheiten?

Der berühmte Brasilianische Bischof Dom Helder Camara hat die gleiche wichtige Frage nach dem „Warum“ herausgestellt. Bekannt wurde er für sein Wort: „Wenn ich den Armen Brot gebe, dann nennt man mich einen Heiligen. Wenn ich frage, warum sie kein Brot haben, dann nennen sie mich einen Kommunisten.“

II. Menschenrechte im Neoliberalismus

Stellen wir also mit Bischof Ramento und den vielen Menschenrechtsaktivisten die Frage, warum es Hunger in einer Welt gibt, obwohl die mehr als genug Lebensmittel vorhanden sind. Fragen wir, warum Kinder an heilbaren Krankheiten leiden. Wir müssen aber auch noch eine andere vielleicht noch zentralere Frage stellen: Warum ist es gefährlich, nach dem „Warum“ zu fragen?

Seit der UN-Deklaration der Menschenrechte im Jahr 1948 hat die Menschengemeinschaft den Bewohnern dieser Erde ein „Recht auf Nahrung“, „Recht auf Arbeit“ und ein „Recht auf soziale Sicherheit“ und weitere Rechte versprochen. Die Menschenrechte spielen ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen ethischen und politischen Debatte. Menschenrechte statten jeden Menschen mit universalen und international geschützten Menschenrechten aus. Zu Recht ist die heutige Gesellschaft stolz auf diese Menschenrechte. Und doch werden die, die diese verbrieften Rechte verteidigen und einfordern, in vielen Ländern verfolgt. Und warum bleiben jene straffrei, die die Verteidiger der Menschenrechte verfolgen, verschleppen oder gar umbringen? Wir werden darauf nur eine angemessene Antwort finden, wenn wir die Umkehrung der Menschenrechte im Neoliberalismus analysieren.

Wenn wir eine gerechte und andere Welt möchten, ist es entscheidend, stets von den Menschenrechten auszugehen. Menschenrechte stellen keinen simplen Moralismus einer wünschenswerten Gesellschaft dar, die aber leider an den Realitäten scheitert. Die Anerkennung der Menschenrechte ist vielmehr die Bedingung für die Möglichkeit einer anderen, einer gerechteren Gesellschaft. Lange standen lediglich die bürgerlichen und politischen Menschenrechte im Mittelpunkt. Zwar wurden bereits 1966 im Sozialpakt die wirtschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Rechte von der UNO beschlossen, doch sie blieben weithin unbekannt. Wenn heute aber diese wirtschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Rechte in hoher Dringlichkeit eingefordert werden, hat dies mit den destruktiven Folgen der neoliberalen Globalisierung zu tun. Der Begriff Globalisierung verbirgt allerdings, was er proklamiert. Globalisierung ist für die Länder des globalen Südens keine Neuigkeit, denn sie sind bereits seit dem 16. Jahrhunderts Opfer einer Art von Globalisierung geworden, die sie unterdrückte, ausbeutete und ausplünderte. Doch wenn wir heute von Globalisierung sprechen, dann geht es um etwas anderes. Es geht um ein ökonomisch-politisches Projekt, bei dem nach dem Motto „Mehr Markt und weniger Staat“ der Markt weltweit ausgedehnt und die staatliche Begrenzungen des Marktes abgebaut wird.¹ Die Verwandlung der Erde in ein globales Dorf, wo alle Bewohner die Ressourcen teilen, ist keineswegs das Ziel der heutigen Globalisierer. Sie plündern die ganze Welt zu ihrem Nutzen. Das aber können sie nur tun, weil bereits seit 500 Jahren die Erde globalisiert ist. Wer von Globalisierung ohne die Unterscheidung zwischen der seit 500 Jahren globalisierten Erde und der neoliberalen Globalisierungsstrategie spricht, der täuscht sich gewaltig. Diese ökonomisch gewollte und politisch in Gang gesetzte globale Ausdehnung des Marktes und Zurückdrängung der staatlichen Macht wird zu einer Bedrohung für die Erde, für die Menschen und das Überleben der Schöpfung. Das war nie so offensichtlich wie in diesen Jahren, wo die USA und Europas in der Finanzkrise selber Opfer dieser neoliberalen Strategie geworden sind. Die Gefahr besteht nicht darin, dass die Erde global geworden ist, sondern darin dass diese globale Welt die neoliberale Globalisierungsstrategie nicht ertragen kann.

Unter dem Motto „Mehr Markt und weniger Staat“ hat die Politik eine Deregulierung der Arbeit, Privatisierung der sozialen Infrastruktur und Flexibilisierung der Finanzmärkte betrieben. Die Folgen sind allenthalben zu besichtigen: Die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich. Die 225 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie 47 Prozent der Menschheit. Europas Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze, weil in China oder auf den Philippinen Arbeit billiger ist. Auch noch so geringe Ansätze einer sozialen Sicherheit werden in den Ländern des Südens geopfert. Landarbeiter wurden vertrieben und ihr Land enteignet, damit die Konzerne für den Export produzieren konnten. Die Börsen spielen verrückt und es ist keiner da, der sie in Schranken weisen würde. Die Schöpfung wird einem rastlosen Wachstumswang geopfert. Es gibt für die armen und überschuldeten Staaten keine Alternative zur Bedienung der Schulden und mit der Strukturanpassung fortzufahren: ungebremste Privatisierung, Kürzung der Sozialleistungen und Abbau sozialer Rechte und der Menschenrechte – gefordert im Namen der Marktgesetze. Es spielt keine Rolle, ob diese Zahlungen und Strukturanpas-

¹ Franz Segbers, Globalization as the Context for a Theological and ethical Understanding of Catholicity, in: Ecumenical Conversations on God's abundance and the people's need, Beiheft zu IKZ 100 (2010), p.147-161.

sungen Armut, Arbeitslosigkeit und den Tod von Millionen armen Kindern und den Tod von Menschenrechtverteidigern bedeuten.

Diese Entwicklung kann man nicht verstehen, wenn der entscheidende Motor dieser neoliberalen Globalisierung nicht analysiert wird. Es ist das Prinzip des Eigentums, da darin besteht, das eingesetzte Eigentum zu mehren. Hier ist die Ursache für den Druck auf Menschenrechte, die Löhne, die soziale Sicherheit und soziale oder ökologische Standards. Die Menschenrechte wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Arbeit oder Bildung sind in private Hände übergeben worden. Bildung gibt es nur, wenn du bezahlen kannst; gesundheitliche Betreuung gibt es nur, wenn du Geld hast, eine Wohnung. Man wagt zu sagen, dass der Staat die Ausgaben für die soziale Sicherheit nicht mehr aufbringen kann. Aber warum fehlt es heute an Geld, wo doch der Wohlstand seit der Zeit angewachsen ist, als Europa in Trümmern lag? Banken kümmern sich seit ihrer Privatisierung mehr um die Dividenden und die außergewöhnlich hohen Gehälter der Banker, aber nicht um das Gemeinwohl. Warum sollte man sich darüber wundern, dass die Kluft zwischen den Ärmsten und den Reichsten niemals so groß war?

Es geht um eine globale Vermehrung des Eigentums, die zum höchsten Wert erhoben wird. Deshalb dient die Globalisierung dazu, die globale Vermehrung des Eigentums von allen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Schranken zu befreien. Dieses Recht auf Kapitalvermehrung ist als oberster Wert unantastbar, während die Verletzung der Menschenrechte als „Kollateralschaden“ durch die ökonomische Entwicklung hingenommen wird.

Das Doppelprojekt „Mehr Markt und weniger Staat“ ist ein Projekt, das die systematische Aufhebung der Menschenrechte, wie sie durch die Deklaration der UNO 1948 in Kraft gesetzt worden sind, betreibt. Das neoliberale Programm besteht darin, den Einfluss der Kapitaleigner zu verstärken und deshalb die Regulierungsmacht der Politik zurückzudrängen. Darin stellt es ein Gegenprogramm zu den Menschenrechten dar. Die Menschenrechte verfolgen das Ziel, die Macht der Kapitaleigner einzugrenzen und den Staat zu stärken. Der Staat und seine Macht gegenüber den Kapitaleignern hat für die Durchsetzung der Menschenrechte eine zentrale Rolle.

Diese Menschenrechtsfeindschaft bedeutet einen tiefgreifenden Einschnitt im globalen Norden wie im globalen Süden. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat im Wallstreet Journal erklärt: „Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient. Oberstes Ziel muss es sein, das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herzustellen.“² Mario Draghi will sich mit der sog. Schuldenkrise vom Sozialstaat und seinen zivilisatorischen Errungenschaften lossagen. Er spricht davon, das Vertrauen auf die Finanzmärkte zu stärken. Dieses Vertrauen ist erschüttert, wenn die Logik der Kapitalakkumulation unterbrochen ist. Auf der anderen Seite wird das Vertrauen aber wiederhergestellt, wenn die Politik sicherstellt, dass die Schulden bezahlt und so die Akkumulation von Kapital weitergeht. Schuldenzurückzahlung rückt an die Stelle der an Stelle der Menschenrechte und rangiert zu einem obersten Prinzip. Das meint jedenfalls ein Hedgefonds, der laut der New York Times vom 19. Januar 2012, gegen einen

² Wallstreet Journal vom 22.2.2012.

Schuldenerlass für Griechenland beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg mit der Begründung klagen will, da die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden. Die ununterbrochene Mehrung des Eigentums durch Zinszahlung und Schuldentilgung wird in den Rang eines Menschenrechts erhoben.

Was die Länder des Südens in der Schuldenkrise erlebt haben, trifft jetzt auch Europa. Als man die Länder des Südens zu einer Politik der Strukturanpassung zwang, wurde schnell klar, dass hier die Aufhebung der Menschenrechte angekündigt wurde. Die Strategie der Strukturanpassung wurde im globalen Norden erdacht. Was der Norden den anderen angetan hat, schlägt nun auf den Norden zurück. In seiner Logik muss der Norden alles, was er anderen angetan hat, nun auch sich selbst antun. So breiten sich in Griechenland Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne abgesenkt und das Gesundheitswesen zurückgefahren. Obdachlosigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit und sogar Hunger kehren nach Europa zurück. Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die über 94 Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als die Ansprüche der Kreditgeber zu befriedigen, die außerhalb Griechenlands sitzen. Alles wird geopfert, damit die Schulden getilgt werden können. Europa leidet jetzt genauso wie der globale Süden unter der Schuldknechtschaft des Kapitals.

Während im globalen Norden der Sozialstaat, der als Ausdruck des Menschenrechts auf soziale Sicherheit verstanden werden kann, Stück um Stück abgebaut wird, wird für die Länder des globalen Südens die Idee der Entwicklung abgeschafft. Die nachholende Entwicklung war mit ihrem Versprechen, das Niveau der reichen Länder zu erreichen, zum Teil sicherlich ein falscher Mythos. Sogar dieses Versprechen wird nun zurückgenommen. Der Schuldendienst hat das Versprechen der nachholenden Entwicklung ersetzt und die Länder des Südens zu Protektoraten der Internationalen Finanzinstitutionen gemacht. Ihre Sorge ist nicht mehr die ökonomische und soziale Entwicklung der unterentwickelten Länder sondern allein die Schuldendienstfähigkeit. Schuldendienstfähigkeit aber heißt, dass die Länder fähig bleiben die Zinsen zu zahlen und Schulden zu begleichen, damit die Ansprüche der Eigentümer auf die Mehrung des Eigentums gesichert sind. Doch die Schulden sollen und dürfen keineswegs „verschwinden“, denn dann würde eben jener Prozess der Mehrung des Vermögens durch Verschuldung der Armen gestoppt. Schuldendienst und Mehrung von Vermögen sind die überragende Bedeutung und durch Gesetz und Fakten an die oberste Stelle gerückt. Sie rangieren vor den öffentlichen Bedürfnissen trotz des ungeheuren Bedarfs an Nahrung, Wohnung, Arbeit und anderen Dingen für ein würdiges menschliches Leben. Nicht zu verneinen ist, dass die überschuldeten Staaten und die Menschen immer tiefer und tiefer in Armut und Not durch die Strukturanpassung und der ihr folgenden Politik gesunken sind. Die Schulden zwangen die überschuldeten Staaten, die Gesundheitsdienst, die Wasserversorgung und andere öffentliche Dienste zu kürzen. Um die Schulden bezahlen zu können, wurde die ausländischen Investitionen, risikofreie Anlagen, die Reduzierung der Arbeitsstandards und Umweltschutzaufgaben gefördert. Der Schuldendienst ist zu einem System geworden, das keine Schulden vergibt und die Rufe des unterdrückten und armen Menschen nicht hört. Nun leben wir im Norden wie im Süden in einem globalen System, das Opfer verlangt. Der globalisierte Kapitalismus offenbart sich als ein Opfer-Kapitalismus. In diesem Sinne hat Jean Ziegler recht, der frühere Botschafter der UN für das Recht auf Nahrung. Er sagte: „Ein Kind,

das heute vor Hunger stirbt, wird ermordet.“³ Es wird ermordet durch ein System, das genug Nahrung für alle produziert aber nicht in der Lage ist, Gerechtigkeit zu schaffen. Der Opfer-Kapitalismus scheut nicht davor zurück, Menschen im Süden umzubringen und Arbeitslosigkeit und Armut im reichen Norden zu schaffen. Weltweit werden die Menschenrechte im Namen der Schulden zurückgenommen. Diese Politik trifft den Süden ebenso wie den Norden, wenn auch die Auswirkungen unterschiedlich sind.

Der Sozialstaat, der sich in Europa als Ausdruck der Menschenrechte herausgebildet hatte, und auch der Entwicklungsstaat im globalen Süden waren davon geprägt, die Macht des Geldes zu begrenzen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur wurde geschaffen, das Bildungssystem, das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge wurden ausgebaut. In den armen Ländern des Südens wurden Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufgelegt. Entwicklungs- und Sozialstaat werden zu einem Sicherheitsstaat umgebaut, der als Garant der Mehrung des Kapitals den Staat als Garant der sozialen Sicherheit und der Entwicklung ablöst. Der neoliberale Sicherheitsstaat in Zeiten der Verschuldung im Süden und im Norden sichert nicht mehr die Menschenrechte sondern die Rechte der Kapitaleigner. Dadurch wird der Sicherheitsstaat zu einem Gegner der Menschenrechte und derer, die sie verteidigen.

III. Umkehrung der Werte: Sicherheitsstaat für die Sicherung der Investitionen und Bestrafung der Menschenrechte

Die Verwüstungen durch den Neoliberalismus, angetrieben vom unstillbaren Hunger auf Profit, hat zu ökologischer Zerstörung, Klimawandel und der Auslöschung von Lebewesen, Pflanzen und Fischen und der lebenspendenden Biodiversität geführt. Die Verschmutzung und Verschwendung der Wasserressourcen, die Verschmutzung der Meere und die Zerstörung des Regenwaldes bedrohen das Leben auf der Erde. Die Verletzung von Menschenrechte ist nicht minder eine Verletzung der Menschenrechte wie die Folter. In Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit zeigt sich eine Absage an die Menschenrechte, welche wiederum Hunger und weitere Menschenrechtsverletzungen hervorbringen und verstärken. Druck auf die Gewerkschaften, Landraub, Vertreibung der Kleinbauern, Entführung von Umweltaktivisten und die Ermordung der Menschenrechtler werden als notwendige Opfer abgetan.

Die zentrale Aufgabe des Staates wird umgekehrt. Aus der Aufgabe, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen, wird die Verpflichtung, die Interessen des Kapitals, die ausländischen Investitionen und den Schuldendienst respektieren, zu schützen und zu erfüllen. 2008 konnte ich die seit Jahren streikenden Arbeiter bei Nestlé in Cavite besuchen. Sie berichteten mir, dass auf dem Fabrikgelände mehrere hundert Soldaten stationiert wären. Sie haben offensichtlich die Aufgabe, gewerkschaftliche Aktivitäten wie Streiks zu unterbinden. Doch überdeutlich zeigt sich an der Aufstellung einer militärischen *Investment Defense Force* die Umkehrung der Menschenrechte. Die frühere Präsidentin Macapagal-Arroyo kündigte im Jahr 2008 einer Investitionsschutzmacht (“investment defense force”) an. Sie erklärte: „Ich habe die Armee angewiesen, eine *Investment Defense Force* bilden. Die

³ Jean Ziegler, *Destruction massive: Géopolitique de la faim*, Paris, Seuil, 2011.

Aufgabe der *Investment Defense Force* besteht darin, einen Schutzschild für Vermögenswerte, Infrastruktur und Entwicklungsprojekte im Bergbau zu schaffen.“⁴ Das Militär ist angehalten, für Ordnung und die Sicherheit für globale Investitionen zu sorgen. Der neoliberale Staat ist von einem Entwicklungsstaat zu einem Sicherheitsstaat geworden.

Der neoliberale Staat akzeptiert auch nur zwei Rechte: Das Recht auf Eigentum und das Recht auf Freiheit, das auch ein Rechtsrecht auf unbeschränkte Ausbeutung der Bodenschätze einschließt. Damit diese Rechte gesichert sind, muss die Verletzung der Menschenrechte straffrei bleiben. Diese Straffreiheit ist deshalb keineswegs eine sträfliche Unterlassung des Staates bei der Strafverfolgung, sondern stellt umgekehrt die Gewährleistung der obersten Ziels dar, die Interessen der Kapitaleigner durchzusetzen. Auf der Website der PEZA, der Philippine Economic Zone Authority, ist zu lesen: „Die Grundrechte der Investoren sind garantiert (das Recht, die Gewinne auszuschütten und das Recht, die Erlöse ins Ausland zu überweisen).“ Die Website lobt die philippinischen Arbeiter als „hart arbeitend und freundlich“ – aber nichts ist zu lesen über die Menschenrechte der Arbeiter. Wer hier Widerstand leistet und die Menschenrechte verteidigt, der behindert die Freiheit zur ungezähmten Akkumulation des Eigentums und macht sich schuldig. Wer die Menschenrechte aber verletzt, geht straffrei aus. Wer im Namen der Menschenrechte diesem notwendigen Prozess der Entwicklung und der Mehrung des Eigentums widersteht, der ist schuldig. So sind sie alle schuldig: die Gewerkschaften, die Verteidiger der Menschenrechte, die kirchlichen Basisbewegungen und Basisgemeinschaften. Sie sind schuldig, da sie sich gegen die notwendigen Opfer gewandt haben und die Ankunft des verheißenen Landes des Neoliberalismus verhindern.

„In viele Fälle arbeiten einzelne Individuen und Organisationen daran, das Recht auf eine gesunde Umwelt zu verteidigen,“ so Margaret Sekaggya, Sonderbotschafterin für Menschenrechtsverteidigung. „Bei Kontroversen über Landrechte und Kampagnen gegen Bergbau- und Dammprojekt, beim Schutz der Rechte der einheimischer Gemeinschaften wird nicht selten gegen jene, die solche Rechte verteidigen, selten Gewalt angewendet.“⁵ Die Ausbeutung der Menschen und die Ausbeutung der Rohstoffe werden geschützt aber nicht die Rechte der Arbeiter. Unschuldig ist, wer diese Weltunordnung stabilisiert. Genau diese Umkehrung der Menschenrechte schützt der Sicherheitsstaat - wenn es sein muss sogar militärisch durch Investment Defense Forces. Die neoliberale Globalisierungsstrategie lässt keine Alternative zu und wird deshalb sogar militärisch verteidigt. Verfolgt wird, wer es wagen sollte, sich dem neoliberalen Projekt entgegenzustellen. So befindet sich, wer die Menschenrechte verletzt, im Status der Straffreiheit. Er ist unschuldig und die Opfer der Menschenrechtsverletzungen sind schuldig. Wer es wagt gegen das neoliberale Projekt anzugehen, der kann nicht erwarten, dass der Staat ihn verteidigt – im Gegenteil: Es ist notwendig alle Widerstände zu besteigen und deshalb vereidigt der Staat jene, die die Menschenrechte verletzen und lässt sie straffrei.

IV. Jesuanische Märtyrer: Reaktion auf eine grausame Welt

Man muss berücksichtigen, dass diese Opferlogik tief im sozialen Bewusstsein der Westlichen Welt und des christlichen Glaubens verwurzelt ist. In fast allen Religionen aber Beson-

⁴ Zambo Times February 12, 2008

⁵ United Nations OHCHR, 09.07.2012

dern im Christentum gibt es den glauben, dass es ohne Opfer keine Erlösung gäbe. Diese Art von Theologie und Frömmigkeit gibt dem Leiden der Menschen einen Sinn. Wie in vielen Kirchen sehen wir den leidenden Christus, der das Kreuz trägt und der leidende Christus ist ein brauner Filipino. Aber der auferstandene Christus ist ein weißer Mann! In dieser Spiritualität wird das Leiden der unterdrückten Menschen legitimiert und der weiße Mann wird von allem Leiden erlöst. Dies zu bestätigen heißt, jedes Opfern von Menschen und jeden Anspruch von notwendigen Opfern zurückzuweisen, die gemacht werden müssen im Namen der sageheiligten Logik des Marktes, die er sich als alternativlos darstellt. Genau das meint Jesus, wenn er sagt: „Barmherzigkeit will und nicht Opfer.“ (Mt 9,13)

Der ermordete Bischof Ramento hat gelebt und gekämpft wie Jesus und wurde deshalb ermordet wie auch Jesus. Deshalb kann man von „jesuanischen Märtyrern“ sprechen.“⁶ Er und viele Menschenrechtaktivisten sind Märtyrer der Menschlichkeit. Die Mächte, gegen die sie die Armen verteidigten, waren die Arme, die Oligarchen, die Regierung, die Großgrundbesitzer. Als Christen glauben wir, dass ihr Opfer neues Leben, Gerechtigkeit und Würde hervorbringen. Sie haben keine Sünde begangen außer dass sie für die Menschenrechte und die Gerechtigkeit gekämpft haben. Ihr Märtyrertod lässt erkennen, was eine menschliche Globalisierung, ohne Selbstnutz und Ausschluss bedeuten kann. Unter dem Banner des freien Marktes mit dem Slogan von Eigennutz hat die Welt unglaublich viel Gewalt und Tod für Millionen gebracht. Man kann darüber streiten, ob die Bezeichnung „jesuanischer Märtyrer“ zutreffend ist, doch ohne jeden Zweifel ist es nicht richtig, ihn und die Vielen namenlos in der Ferne und in dauernden Anonymität zu belassen. Die Opfer mit Namen zu benennen, macht es der Kirche möglich, ein System, das Opfer einfordert, zu demaskieren und die Unschuld der Opfer eines scheinbar unantastbaren Systems offen zu legen. Die Kirchen müssen den Opfern einen Namen geben und den Toten alle Würde teilhaben zu lassen. Menschen werden durch die Opfer eines falschen ökonomischen Systems und die Logik der neoliberalen Globalisierung gekreuzigt. Über diese Opfer zu schweigen, nicht zu leben und einander nicht das Leben zu bringen und die gekreuzigten Menschen nicht vom Kreuz herunter zu holen – das ist Sünde.

Was wir brauchen, ist ein rechtebasiertes Gegenprogramm zu neoliberaler Globalisierung nach dem Motto „Mehr Markt, weniger Staat und die Unterdrückung der Menschenrechte“. Wir brauchen eine Globalisierung der Menschenrechte. Doch dies fordert nichts weniger als eine Umkehrung. Der Sicherheitsstaat, der die Mehrung des Eigentums respektiert, schützt und erfüllt, muss zu einem Staat werden, der die Menschenrechte respektiert, schützt und erfüllt. Die Regierung muss alle Anstrengungen zu unternehmen, das Leben der Verteidiger der Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass sie in der Lage sind ihre wichtige Arbeit zu tun. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass unverzüglich, unparteiliche und unabhängige Untersuchungen über die wachsende Zahl der Unterdrückung und Morde von Men-

⁶ Sie die Beiträge in Concilium 2003/ 1; Jon Sobrino, No Salvation outside the Poor. Prophetic-utopian Essays, New York 2008, Franz Segbers, A Martyr for Christ in our time. Bishop Ramento, Bishop of workers and peasants,, in: Franz Segbers / Peter-Ben Smit (ed.), Catholicity in Times of Globalization. Remembering Alberto Ramento, Martyred Bishop of Workers and Peasants, Lucerne 2011, 54 (German language edn. 2010, Dutch language edn. 2011).

schenrechtsverteidiger in die Wege geleitet werden, die Verfolger zur Verantwortung gezogen werden und gegen deren Straffreiheit vorgegangen wird.

Ich habe den Traum, dass unsere gemeinsame Katholizität zu einer globalen Bewegung wird, die sich aus dem Glauben für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt und die Solidarität der Menschen im Widerstand gegen die Verletzung der Menschenrechte in der neoliberalen Globalisierung stärkt.

Da Millionen leiden, unterdrückt und erniedrigt werden, versammeln wir uns hier auf dieser Konferenz - damit sie alle einen Namen bekommen. Bischof Ramento und die Tausende von Verteidigern der Menschenrechte sollen in Namen der Tausenden von namenlosen Opfern in Erinnerung bleiben. Sie alle ermutigen uns, den Schrei der gekreuzigten Menschen zu hören, für Menschenrechte und für Gerechtigkeit in dieser grausamen Welt zu kämpfen. .